

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

16. Juni 2020

Voith: Streikbereit im Kampf um Arbeitsplätze auch in der Corona-Zeit! 2
Tarifrunde: Kapitalistenverband Gesamtmetall tritt nach..... 3
Arbeitszeitgesetz: Die Corona-Pandemie wird genutzt, um das Gesetz zu schleifen 3
Siemens: Wunderwaffe Wasserstoff? Kaeser und Baerbock auf Grünen-Kongress..... 4

„Die Prognosen für 2020 sind düster“

BMW schüttet 1,6 Milliarden Euro Dividende aus – und schmeißt 6.000 Kolleginnen und Kollegen raus!

Auf der Hauptversammlung im Mai erklärte der Vorstandschef Oliver Zipse: „Die Prognosen für 2020 sind düster.“ Gleich darauf beschloss die versammelten Aktionäre, 1,6 Milliarden Euro an Dividenden auszuschütten. Von dem Geldregen sacken den Großteil die Erben der Familie Quandt ein, die so wie zu den Reichsten im Lande zählen. Stefan Quandt hält 25,8 Prozent der BMW-Anteile und bezieht somit für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 425 Millionen Euro, Ein Stundenlohn¹ von 233.516,48 Euro bei einer 35-Stunden-Woche. Susanne Klatten, seine Schwester, bekommt für ihre 20,9 Prozent 344 Millionen Euro, das entspricht dann 189.010,99 Euro pro Arbeitsstunde. Aber wir wissen und verstehen: Sie arbeiten wesentlich mehr und härter als unsereiner. Kollegen, das habt ihr erarbeitet!

Ein Hohn für die Beschäftigten ist, dass BMW die Aktionäre trotz Kurzarbeit und drohender Verluste so großzügig bedient. 30.000 befanden sich in Kurzarbeit, für die die Bundesagentur für Arbeit 60 Prozent



des ausgefallenen Nettolohns bezahlte und dem Unternehmen in voller Höhe die fälligen Sozialbeiträge erstattete.

Seit Februar ist bekannt, dass 6.000 Kolleginnen und Kollegen im Konzern abgebaut werden sollen. Der Absatz ist mies, die Werke arbeiten erst seit Mitte

Mai wieder im Schichtbetrieb. Betriebsratsvorsitzender Manfred Schoch schließt betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr aus. Eine Betriebsvereinbarung garantiere zwar jedem Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz, „solange das Unternehmen keinen Verlust macht“, teilt Schoch in einem Podcast der Belegschaft mit. Das gelte heute und morgen, aber: „Wie es am Jahresende aussieht, das weiß heute noch keiner.“ (Managermagazin, 3. Juni 2020)

Leidenschaftslos gibt das der Betriebsratsvorsitzende bekannt. Ohne ein bisschen Widerstandsgeist. Wir sehen da, was solche Betriebsvereinbarungen wert sind. Was sagen die Fabrikbesitzer dazu? BMW-Erbe Stefan Quandt (Focus, 25. Juni 2019): „Für uns beide ist es sicherlich

nicht das Geld, das uns antreibt. Es ist vor allem die Verantwortung, dass man in Deutschland Arbeitsplätze sichert.“ ■ *krr*

¹ Bei einer 35-Stunden-Woche sind das 1.820 Arbeitsstunden per Jahr inclusive Urlaub

Zwangspause – aber nicht für alle

Das Werk bei MAN stand still, doch die Logistik musste weiter arbeiten.

Seit Januar stehen insgesamt 6.000 Kolleginnen und Kollegen auf der Streichliste. Dabei geht es um Verwaltungstätigkeiten, die zentralisiert werden sollen. Das war zu erwarten, denn der LKW-Bauer mit 36.000 Beschäftigten ist seit 2019 nicht mehr selbständig, sondern gehört zur von VW geführten Lkw-Tochter Traton.

Das war vor Corona. Jetzt können VW und MAN, aber auch andere Konzerne

unter den Schutzschirm von mehr als 600 Milliarden Euro schlüpfen. Jetzt können sie kostengünstig Arbeitsplätze stilllegen.

Das Münchner Werk war bis zum 16. April dicht. Das Kurzarbeitergeld wurde auf 90 Prozent aufgestockt. In der Logistik wurde allerdings voll gearbeitet. Aber was wird da Lebenswichtiges herumgekartt?

Jetzt laufen wieder zwei Schichten, nur Teilbereiche arbeiten kurz. Schutzmasken

zu tragen ist keine Pflicht am Band, nur der Abstand soll eingehalten werden, heißt es. MAN-Hygiene? Experten empfehlen weiterhin, in geschlossenen und nicht durchlüfteten Räumen die Masken anzulegen.

Kollegen, wenn ihr Masken tragen wollt, was euch niemand verbieten kann. Regelmäßige Pausen sind zu fordern! ■ *krr*



Mehr Allgäuer Dickschädel braucht das Land

Streikbereit auch in der Corona-Zeit

Die Kolleginnen und Kollegen bei Voith in Sonthofen kämpften um die Arbeitsplätze.

Fünf Wochen haben die 500 Kolleginnen und Kollegen gestreikt. Am Ende stand ein Sozialtarifvertrag. Der Kampf gegen die Schließung des Werkes konnte nicht verhindern, dass die Unternehmensleitung der Firma Voith schließlich doch am Aus für den Standort im Allgäu festhielt. Damit wird wieder einmal klar, was jeder klas-

senbewusste Kollege schon immer weiß: Sichere Arbeitsplätze gibt es im Kapitalismus nicht. Trotz aller sozialdemokratischen Luftschlösser, die uns etwas anderes erzählen wollen.

Aber auch wenn die Arbeitsplätze bei Voith nicht gerettet wurden, so haben die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Streik

einiges erreicht. Das Kapital bekommt die Standortschließung nicht zum Nulltarif.

Doch die wichtigste Lehre – für die gesamte Arbeiterklasse – aus dem Kampf bei Voith ist: Man kann sehr wohl auch in der Krise, in Zeiten von Corona streiken und kämpfen! Und Gründe dafür gibt es genügend! ■Ma

Aus der Streikzeitung der IG Metall Allgäu für Voith in Sonthofen:

Corona-Knödel. Parken wie ein Voithler

Beschäftigte parken völlig chaotisch vor der Werkszufahrt und verzögern Materialabtransport.

Wie ein Lauffeuer haben sich am Freitag und Montag Gerüchte unter den Beschäftigten verbreitet, dass es von der Geschäftsführung Pläne geben soll, Material aus dem Werk zu transportieren. In heller Aufregung kamen Hunderte Kolleginnen und Kollegen mit ihren Fahrzeugen angefahren, um das Spektakel zu beobachten. Leider ergab sich daraus ein Corona-Knödel direkt vor der Werkszufahrt. Die Autos standen an beiden Tagen so chaotisch, dass am Haupttor kein Durchkommen mehr war. Am Freitag wurden 125 Autos vor der Zufahrt gezählt. Am Montag hatten sich nochmals ebenso viele Fahrzeuge vor dem Tor versammelt.

Relativ schnell fand sich bereits am Freitagmorgen die Polizei ein, um zu überprüfen, was denn da geschieht und ob ein möglicher Verstoß gegen Brandschutzbestim-



mungen vorliegt. Weil das nicht der Fall war, zog die Streife auch relativ schnell wieder ab.

Die Streikleitung vor Ort nahm den Knödel belustigt zur Kenntnis. Als die Geschäftsführung ein Schreiben überreichte, in dem sie um Auflösung bat, kam die Streikleitung dem natürlich unverzüglich nach. Weil die Autoschlüssel alle in einer Box gelandet waren und sich das Ausparken als schwierig erwies, verzögerte sich die Freigabe des Werkstors am Freitag dann aber immer noch um einige Stunden.

Am Montag lag eine ähnliche Situation vor, nur dass die LKW bereits im Werk waren. Zusätzlich überschritt sich der Corona-Knödel mit einer Verhandlung beim Arbeitsgericht, bei der die Geschäftsführung eine einstweilige Verfügung erwirkte. So half am Montag dann auch die Polizei dabei, den Corona-Knödel aufzulösen. Dennoch konnten die Transporter das Werk erst am Dienstagmorgen verlassen.

Kapitalistenverband Gesamtmetall tritt nach

Nach der kampflosen Tarifrunde kündigen die Kapitalisten den nächsten Angriff an.

Als „Solidarpakt“ bezeichnete IG Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann den in NRW im März ausgehandelten Tarifabschluss. Der wurde von allen Tarifbezirken übernommen. Er setzt das Schlamassel fort, in das sich die IG Metall mit ihrem „Moratorium“, mit dem Stillhalteangebot ans Kapital, begeben hatte. Ohne Not, denn das war vor Corona. Schon im Januar hatte der Kapitalistenverband Gesamtmetall auf eine Nullrunde orientiert. Es ist also gelungen, die große Industriegewerkschaft einzubinden in die Politik der Klassenzusammenarbeit. Erleichtert wurde das durch die Unterlassung jeglicher gewerkschaftlicher Bewegung wie Warnstreiks, Demos und ähnliches. Ohne Not, vor Corona.

Solidarität also mit dem Kapital. Mit VW, BMW, Daimler? BMW kann auf flüssige

Mittel von 9,1 Mrd. Euro zurückgreifen, eh von uns erarbeitet. Daimler lässt sich von der KfW 12 Mrd. Euro in den Arsch blasen (Süddeutsche Zeitung, 7. April 2020). Jörg Hofmann preist den Null-Abschluss als „Hilfspaket für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ an. Wo bleibt die Solidarität mit den Beschäftigten, die höhere Löhne brauchen und die auf Kurzarbeit gesetzt sind? Die nicht einmal den Kaufkraftverlust ausgeglichen bekommen, die nun weiter die steigenden Mieten zahlen müssen?

Zur Rettung der Arbeitsplätze sollten die Kollegen auf eine Lohnforderung verzichten. Die Abbauzahlen gerade aus der Metallindustrie bestätigen aber die Erfahrung, dass mit Verzicht nichts zu gewinnen ist. Wer wie die IG Metall in der Tarifrunde den Kampf unterlässt, muss sich

nicht wundern, wenn die Kapitalisten nachtreten!

Unter dem Titel „Vorschläge für die 2. und 3. Phase der Corona-Krise“ fordert der Kapitalistenverband Gesamtmetall: Weg mit der Rente mit 63 und mit der Parität bei der Krankenversicherung, weg mit „starrten Arbeitszeiten“, weg mit den Einschränkungen bei der Leiharbeit. Und den Gesundheitsschutz wegen Corona müsse man nicht so genau nehmen (Quelle: IG Metall Extradienst, 2. Juni 2020). IG Metall und Kapitalverbände haben sich darauf verständigt, dass sie die Gespräche nach Abklingen der Pandemie wieder aufnehmen. Dann ist Solidarität auf der Tagesordnung. Dann muss geholt werden, was sie uns jetzt vorenthalten! ■ *krm*

Überfall auf das Arbeitszeitgesetz

Die Corona-Pandemie wird genutzt, um das Arbeitszeitgesetz zu schleifen.

Aufgrund des „Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket)“ hat die Bundesregierung den § 14 des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) geändert.

„§ 14 Außergewöhnliche Fälle“

Um zu verstehen, was bei dem Angriff auf die Arbeitszeitbestimmungen passiert, ist es notwendig, einen oder auch mehrere Blicke in das Arbeitszeitgesetz zu werfen. Dem aus drei Absätzen bestehenden Paragraphen 14 wird hierbei der nachstehende, aus drei Sätzen bestehende vierte Absatz angehängt. In dem heißt es:

„(4) 1 Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit ohne Zustimmung des Bundesrates in außergewöhnlichen Nottfällen mit bundesweiten Auswirkungen, insbesondere in epidemischen Lagen von nationaler Tragweite nach § 5 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes, für Tätigkeiten der Arbeitnehmer für einen befristeten Zeitraum Ausnahmen zulassen, die über die in diesem Gesetz und in den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie in Tarifverträgen vorgesehenen Ausnahmen hinausgehen.

2 Diese Tätigkeiten müssen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,

des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge oder zur Versorgung der Bevölkerung mit existenziellen Gütern notwendig sein.

3 In der Rechtsverordnung sind die notwendigen Bedingungen zum Schutz der in Satz 1 genannten Arbeitnehmer zu bestimmen.“

Damit wird die im ArbZG vorgesehene Möglichkeit der Bundesregierung, mit Zustimmung des Bundesrates Rechtsverordnungen zu erlassen, ausgehebelt („§ 13 Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung“) und dem Arbeitsminister, also dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Hubertus Heil übertragen. Er wird dabei ermächtigt, im „Einvernehmen“ mit CDU-Gesundheitsminister Spahn an Regierung und Bundesrat vorbei bereits im Gesetz aufgehobene Schranken, die Arbeitszeit für bestimmte Personengruppen oder Betriebe betreffend, um ein weiteres Stück anzuheben. Die dafür in Frage kommenden Paragraphen werden in den dem Absatz 4 vorangehenden drei Absätzen aufgeführt. Mit der erteilten „Ermächtigung“ wird hierbei die Möglichkeit eröffnet, aus dem bereits möglichen 10-Stunden-Tag z. B. einen zwölfstündigen zu machen, die im Jahresdurchschnitt einzuhalten 48-Stunden-Woche aufzuheben, die elfstündige Ruhezeit zwischen zwei Arbeitstagen und die Feier- und Sonntage als Ruhetage zu

streichen und als zusätzliche Arbeitstage in Reserve zu halten usw.

Angriff auf Tarifverträge!

Das ist nicht nur der Eingriff in die Einzelarbeitsverträge, sondern darüber hinaus in Betriebsvereinbarungen, soweit sie gelten. Nach oben zitiert Aussage in Abs. 4 betrifft das ebenso die in Tarifverträgen genannten „Ausnahmen“. Auf z.B. die IG Metall bezogen heißt das: Das Bundesarbeitsministerium bzw. der Arbeitsminister ist berechtigt, die in der Regel in Manteltarifverträgen festgelegten Arbeitszeitbestimmungen nach „Ausnahmen“ zu durchsuchen. Davon betroffen sind häufig Kolleginnen und Kollegen, die als Pförtner, in Sicherheits- oder sonstigen Werksdiensten arbeiten oder Rufbereitschaft haben. Das könnte allerdings auch für diejenigen gelten, die als Ausnahme von der 35- die 40-Stunden-Woche vereinbart haben. Die 35-Stunden-Woche würde damit über die bisherigen Attacken hinaus zusätzlich angegriffen.

Dem Kapital werden damit langjährige, evtl. noch nicht durchgesetzte Arbeitszeit-Flexibilisierungs-Maßnahmen und Forderungen auf dem Silbertablett serviert. Mit der Formulierung: „... für Tätigkeiten der

► Fortsetzung von Seite 3

Überfall auf das Arbeitszeitgesetz

Arbeitnehmer für einen befristeten Zeitraum Ausnahmen zulassen“, wird dabei die oben angesprochene Beschränkung auf bestimmte Berufe und Betriebe ebenfalls außer Kraft gesetzt. Dem Minister wird damit freie Hand gelassen, zu bestimmen, welchen „Arbeitnehmer“-Gruppen er die dann neue Arbeitszeit verordnet oder ob er sie gleich der ganzen Gesellschaft, allen Lohnabhängigen einschließlich der aus zwei Weltkriegen bekannten „Dienstverpflichtung“ als „notwendigen Solidarakt“ überstülpt. Was hierbei als Krieg gegen Corona verkauft wird, bietet sich für den

Ernstfall dann als bereits erprobtes „Arbeitszeitmodell“ an. Als Blaupause, die man nur noch aus der Schublade holen muss, wenn der deutsche Imperialismus sich stark genug fühlt und gezwungen sieht, Absatzmärkte und Rohstoffquellen mit dem erneuten Überfall auf internationale Konkurrenten und andere Völker für sich zu sichern.

Vorsorge für den Kriegsfall

Mit „§ 15 Bewilligung, Ermächtigung“ Absatz 3 ist dafür im ArbZG ebenfalls bereits vorgesorgt. Im Kriegsfall – im Gesetz natürlich Verteidigungsfall – wird der Kriegsminister wie oben der Arbeits- und der Gesundheitsminister „ermächtigt“. Dort heißt es: „Das Bundesministerium für Verteidigung

kann in seinem Geschäftsbereich durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus zwingenden Gründen der Verteidigung Arbeitnehmer verpflichten, über die in diesem Gesetz und in den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und Tarifverträgen festgelegten Arbeitszeitgrenzen und -beschränkungen hinaus Arbeit zu leisten.“

Sollte es nicht gelingen, diesen Fall zu verhindern, wird voraussichtlich die ganze BRD „Geschäftsbereich“ des Kriegsministeriums. Dabei landet dann der kriegswichtigste Teil der Lohnabhängigen unter seinem direkten Kommando. ■LJ



Baerbock und Käser beim tête-à-tête

Wunderwaffe Wasserstoff?

Locker plauderten Herr Käser und Frau Baerbock auf dem Wirtschaftskongress der Grünen.

Der eine scheidender Siemens-Vorstandsvorsitzender, die andere Grünen-Vorsitzende. Das Thema Auto blieb nicht aus. „Da kommen wir sofort zum Thema Wasserstoff“, meinte Käser dazu. Damit könne man eine Menge CO₂ einsparen. Und den SUV-Fahrern wolle er eine Steuer von 5.000 Euro im Jahr aufbrummen. Baerbock soll daraufhin einen Aufnahmeantrag für Käser erwogen haben, wie die Süddeutsche Zeitung am 1. März 2020 berichtete.

Zustimmen möchte man Käser, wäre da nicht ein Verdacht. Er ist Chef eines Konzerns, der massiv in Windenergie investierte. Die erwarteten hohen Profite haben sich nicht eingestellt. Nun wittert er Profit bei der Erzeugung von „grünem Wasserstoff“ durch Elektrolyse mittels Windenergie, also CO₂-frei. Wasserstoff kann in Brennstoffzellen auf chemischem Weg Strom erzeugen und damit E-Mobile antreiben. Das ist eine Konkurrenz zu den Batterie-abhängigen E-Mobilen, auf die

VW bisher ausschließlich setzt. Daimler und BMW behalten die Option Brennstoffzellen im Auge und stellen bereits kleine Stückzahlen her. Führend in dieser Technologie ist Toyota, 40.000 japanische Wasserstoffautos sollen noch in diesem Jahr rollen (Süddeutsche Zeitung, 4. April 2020).

Was Kaeser nicht erwähnte, ist auch interessant. Der Siemens Energy Konzern, der sich bisher mit Kraftwerken und Windenergie durchbrachte, soll ein

„starkes Standbein“ (Handelsblatt, 12. Juni 2020) erhalten: die Wasserstofftechnik. Von Linde, dem Wasserstofftechnologie-Konzern schlechthin, kommt der neue Vorstandsvorsitzende.

Die Große Koalition schlug sich zeitgleich zu Kaesers Auto- und Wasserstoff-Rede mit einer „nationalen Wasserstoffstrategie“ herum. Diese sollte schon seit Ende 2019 verabschiedet sein (Süddeutsche Zeitung, 27. Mai 2020). Es ist nun kein Zufall, dass Kaeser als Taktschläger auftritt – nicht nur des Elektromonopolisten Siemens, sondern auch der Oberklasse-Marken Daimler und BMW. Geschickt nutzte er dazu ein Forum der Grünen, um der Regierung mitzuteilen, was Sache ist. Kaeser,

zukünftiger Siemens-Energy-Aufseher, ist nun zufrieden. Die Bundesregierung hat aktuell 9 Mrd. Euro für die Förderung der Wasserstofftechnologie lockergemacht.

So also stellen sich Kapitalgruppen auf und beeinflussen die Politik, mal einig, mal konkurrierend. Der Stärkste setzt sich durch. Die Große Koalition schien zu schwanken, wem sie nachzugeben oder besser: wen sie zu fördern hat. Einig sind sich die Autokapitalisten allerdings, wenn sie nach Kaufprämien schreien.

Solche wichtigen Fragen für die Gesellschaft wie Energienutzung und Verkehr sind dem Profitstreben einzelner Monopole ausgeliefert. Und letztlich dem kapitalistischen Chaos. ■ *krr*

AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

mehr Informationen über die DKP:
www.dkp.de

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:
www.kaz-online.de

Der 1. Mai auf Münchens Straßen

Wie jedes Jahr fanden sich Kolleginnen und Kollegen vor dem DGB-Haus in der Schwanthalerstraße ein. Und das, obwohl der DGB den 1. Mai abgesagt hatte. Kollegen sprangen ein. Von den Behörden war eine Kundgebung erlaubt worden – die Demo durch die Stadt aber (bis auf eine kleine Kunstaktion) verboten wegen des Corona-Ausnahmestands. Doch die etwa 500 Gewerkschafter aus verschiedenen Betrieben ergriffen die Initiative und liefen los – und haben die Demo durch praktisches Handeln durchgesetzt. Beste Stimmung auf dem traditionellen Weg zum Marienplatz. Diszipliniert und den gebotenen Hygieneregeln folgend. Demonstrieren geht trotz Corona. Den Kampftag der Arbeiterklasse absagen geht gar nicht.



Pandemiepläne für die Schreibtischschublade

Seit Jahrzehnten warnt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor Pandemien, wie wir sie gerade erleben, und ermahnt die Staaten, sich darauf vorzubereiten. So gibt es auch in Deutschland Pandemiepläne, 2007 gab es sogar eine entsprechende Katastrophenübung (Süddeutsche Zeitung, 27. März 2020). Die Öffentlichkeit hat von all dem nicht viel mitbekommen. Denn ernst genommen wurden sie nicht. In diesen Plänen steht, dass Vorsorge getroffen werden muss – in den Bundesländern, den Städten, Landkreisen und Krankenhäusern. Doch sogar die einfachsten Vorkehrungen wurden nicht getroffen: sich einen entsprechend hohen Vorrat an Schutzausrüstungen wie Masken, Schutzkleidung, Desinfektionsmittel anzuschaffen. Ganz zu schweigen von ausreichend Tests und Laborkapazitäten oder gar einem entsprechend ausgebauten Gesundheitssystem. Das alles hätte ja Geld gekostet.

Weggesperrt

Seit Beginn der Pandemie fordern Flüchtlingsorganisationen, die Asylsuchenden wenigstens jetzt in Wohnungen oder in den ja immer noch zu Tausenden leerstehenden Hotelzimmern unterzubringen. Die Einhaltung von Abstands- und sonstigen Hygieneregeln ist in den Asyllagern einfach unmöglich. Doch an den Lagern wird festgehalten. Bricht die Krankheit aus, was logischerweise häufig passiert, wird das ganze Lager unter Quarantäne gestellt, keiner darf mehr raus, keiner rein. Die Botschaft „Die gehören nicht zu uns“ aufrecht zu erhalten ist offensichtlich wichtiger als die Gesundheit der Menschen.

Schlaglichter rund um die Corona-Politik

Die Heldengesänge verstummen

Statt Löhne, von denen man nicht nur gerade mal überleben, sondern auch leben kann, und Erschwerniszulagen für die zusätzlichen Belastungen während dieser Pandemie versprochen Bundes- und Landesregierungen generös eine einmalige Prämie von bis zu 1.500 Euro für alle Pflegekräfte. Doch das Geld lässt auf sich warten. Erst Ende Mai wurde beschlossen, dass der Bund 1.000 Euro übernimmt, aber, da ist man sparsam, nur für Pflegekräfte in der Altenhilfe. 500 Euro sollen die Landesregierungen übernehmen. Doch ausbezahlt wurde immer noch nichts, man streitet noch, wer bezahlt.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern sind darauf angewiesen, ob die Kliniken, vereinzelt auch die Bundesländer, 500 Euro Prämie bezahlen oder nicht. Die Außerkraftsetzung des Arbeitsrechts (siehe Seite 3), nach der nun verlangt werden kann, dass bis zu 12 Stunden geschuftet wird, ging sehr viel schneller und reibungsloser über die Bühne. Für die Kassiererinnen gar, doch auch von Medien und Kanzlerin zu Helden gekürt, mit Löhnen unter 2.000 Euro, ist von einer Prämie nichts zu hören. Ganz im Gegenteil: Der Verband der Einzelhandelskapitalisten forderte von der Gewerkschaft Verdi, die 2019 für April/Mai 2020 vereinbarte Lohnerhöhung von sage und schreibe 1,8 Prozent zu streichen, damit die Unternehmer damit bei Bedarf das Kurzarbeitergeld aufstocken können – was Verdi doch fordere.

„Die Gesundheit der Menschen hat oberste Priorität“ (Söder, Merkel und all die anderen)

Von all denjenigen, die trotz Corona und Ansteckungsgefahr auf dem Bau oder in den Fabriken mit guter Auftragslage weiter arbeiten mussten, hörte man nichts. Auch nichts von den Arbeitern in den Schlachthöfen mit ihren katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen, bekannt seit Jahren. Enge Unterkünfte mit Mehrbettzimmern, in der Produktion Mann an Mann, unverschämt niedrige Entlohnung. Wochenlang patrouillierten Scharen von Polizisten in den Parks, scheuchten Jugendliche auseinander und andere von Bänken. Kontrollen auf Baustellen und in den Fabrikhallen – Fehlanzeige. Erst nachdem massenweise Infektionen bei den Arbeitern in den Schlachthöfen bekannt geworden sind, wurden diese geschlossen. Nun gibt man sich wieder entsetzt, verspricht Abhilfe. Wie lange?

Bayerischer Mythos

Der bayerische Ministerpräsident fühlt sich offensichtlich wohl in der Rolle des starken Mannes in Notstandszeiten, stets vorne dran, wenn es um die Außerkraftsetzung von demokratischen Rechten geht. Selbstverständlich hat Bayern „die Corona-Krise bisher besser überstanden als viele andere Länder“, wie Söder in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 9./10. Mai behauptete. Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Sowohl damals wie auch heute hat Bayern vor allen anderen Bundesländern die meisten gemeldeten Infizierten und die höchste Zahl der in Verbindung mit dem Virus gestorbenen Menschen. Mit 2.472 Gestorbenen hat Bayern über 50 Prozent mehr Tote als das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen (1.607 Tote lt. *Süddeutscher Zeitung*, 4. Juni 2020) Die Nähe Bayerns zum schwer getroffenen Norden Italiens mag dafür mitverantwortlich sein. Einen Grund, sich gegenüber den anderen Bundesländern als die Besseren aufzuplustern, liefern die Zahlen trotzdem nicht.

1.137.000.000.000 Euro

Diese unvorstellbare Summe stellt die Bundesregierung als sogenannten Schutzschild bereit, über die Hälfte davon vor allem für große Konzerne. Eine Verpflichtung, wenigstens keine Dividenden auszuzahlen und vor Inanspruchnahme öffentlicher Gelder zunächst die aufgehäuften flüssigen Mittel zu verwenden, ist dabei nicht vorgesehen. Allein Siemens hat 11,4 Milliarden in der Kasse, BMW 9,1 Milliarden Euro. Die Kommunen denken aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen bereits laut über Einsparmöglichkeiten nach.

Vorbeugende Forschung und Entwicklung von Impfstoffen – lohnt sich nicht

Seit 2007 gibt es eine sogenannte Partnerschaft auf EU-Ebene zwischen der Europäischen Kommission und der Pharmaindustrie zur Erforschung innovativer Arzneimittel (*Süddeutsche Zeitung*, 25. Mai 2020). Doch der Dachverband der europäischen Pharmaindustrie hat es abgelehnt, das Thema der Pandemie-Prävention in das Forschungsprogramm aufzunehmen. „Konkret ging es darum“, schreibt die *Süddeutsche Zeitung* dazu, „die Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen zu beschleunigen, bevor ein Ausbruch mit bestimmten Krankheitserregern erfolgt. ‚Das war für die Pharmaindustrie finanziell nicht interessant‘, sagt Marine Ejuryan von Global Health Advocates.“ Schließlich kann man nur Profit erzielen, wenn Impfstoffe und Medikamente auch teuer und in großer Anzahl verkauft werden. Seuchen in armen Ländern? Uninteressant, solange nicht die reichen Industriestaaten davon betroffen sind.

Die Menschen schützen, nicht die Konzerne!

Zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ein Artikel der DKP München.



Während die einen in das Home Office geschickt wurden, müssen die anderen bei erschwerten Arbeitsbedingungen die Produktion am Laufen halten.

Neue Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Universität Erlangen-Nürnberg haben gezeigt: Es geht ein Riss durch die Bevölkerung: Je schlechter die Menschen wirtschaftlich aufgestellt sind, desto weniger befürworten sie die Pandemiebekämpfung der Bundesregierung (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Mai 2020).

Die wirtschaftlich Benachteiligten dürften den Großteil derjenigen ausmachen, die zuletzt vermehrt ihren Protest gegen die Maßnahmen der Regierung bundesweit – und auch in München – auf die Straße getragen haben. Also: Geringverdiener, für die etwa das Kurzarbeitergeld besonders schmerzhaftes Lohnleinbußen bedeutet, oder kleine Gewerbetreibende, die vor dem Hintergrund der erlassenen Hygienevorschriften ihre Existenzbedingungen gefährdet sehen. Wenn sie gegen den politischen Einfluss großer Konzerne, wie etwa durch die Bill-Gates-Stiftung auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO), protestieren, tun sie dies zu Recht. Denn die westlichen Regierungen haben die WHO so strukturiert, dass sie zu fast 80 Prozent von privaten Spenden abhängig ist. Analog zur Privatisierung unserer Krankenhäuser wird so den Profitinteressen privater Konzerne und einzelner Milliardäre der Weg gebnet. Wenn die Protestierenden allerdings behaupten, der Corona-Virus sei ein Fake und nicht gefährlicher als eine „normale Grippe“, dann ist das falsch. Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, was die Protestierenden im Kern auf die Straße treibt, nämlich: der Versuch der Herrschenden, die Krisenkosten auf den Rücken der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung abzuwälzen.

Denn richtig ist auch, dass die Pandemie für Maßnahmen instrumentalisiert wird, die unter normalen Umständen nur sehr schwer durchzusetzen wären. So z.B. jene 600 Milliarden Euro Steuergelder,

die allein der Bundestag den Banken und Konzernen zur Verfügung stellt, während diese aber gleichzeitig weiter fröhlich Dividenden in Milliardenhöhe an ihre Aktionäre ausschütten (wie zuletzt BMW). Blanker Hohn gegenüber den mehr als zehn Millionen Kurzarbeitern.

Getreu der Devise, keine Krise ungenutzt zu vergeuden, hatte zuletzt der Gesamtverband der Arbeitgeberverbände in der Metall- und Elektro-Industrie (Gesamtmetall) seine eigenen Wunschvorstellungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemiebekämpfung veröffentlicht. Ein wahrer „Horror katalog“: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grundrente dürfe nicht umgesetzt werden; geplante und bestehende Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Befristungen, Leiharbeit) sollen zurückgenommen werden; gesetzliche Spielräume zur Arbeitszeitgestaltung (Flexibilisierung) sollen ausgeweitet und der Kündigungsschutz weiter gelockert werden und Konzerne sollen mit Steuergeldern bezuschusst werden, um sie bei den Ausbildungskosten zu entlasten. Darüber hinaus wurde zuletzt in der CDU/CSU über eine Absenkung des Mindestlohns diskutiert.

Es ist offensichtlich, dass das Kapital die Pandemie als einen Vorwand nutzen will, um erneut gestärkt aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorzugehen. Genau wie bei der letzten Krise 2007/08. Und genau wie damals sollen wir auch diesmal die Zeche zahlen – während große Teile des Mittelstandes insolvent gehen und weitere Massenentlassungen noch bevorstehen. Daran wird auch das neue Konjunkturpaket der Regierung nichts ändern. Eine wirkliche Unterstützung für die breite Bevölkerung ist darin eh nicht vorgesehen. Stattdessen: Eine neue „Abwrackprämie“ für den Umbau der Automobilindustrie und weitere Unterstützungen für die Konzerne, wie z.B. der von

Gesamtmetall geforderte Zuschuss für die Ausbildungskosten. Neben einem mickrigen Einmalzuschlag für das Kindergeld bleibt im Wesentlichen die Senkung der Mehrwertsteuer, von der aber umstritten ist, inwieweit sie wirklich bei den Menschen ankommt.

Gleichzeitig wird schon jetzt darauf hingewiesen, dass die Lücken im Staatshaushalt nach Anlaufen der Konjunktur wieder gestopft werden müssen. Hier drohen bald doch wieder Erhöhungen der Steuern und des CO₂-Preises. Die Folgen: weniger Geld für die arbeitenden Menschen bei gleichzeitig steigenden Kosten, z.B. für Lebensmittel, Mieten oder Mobilität. Auch mit weiteren Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und in den Kommunen ist zu rechnen. Schon jetzt wird über einen Anstieg der Krankenkassenbeiträge diskutiert. Und in der Stadt München etwa hat Kämmerer Frey (SPD) bereits Stellenstreichungen in der Verwaltung und weitere Kürzungsmaßnahmen angekündigt, u.a. bei Bauvorhaben im Sozial- und Kulturbereich.

Vor diesem Hintergrund dürfen wir uns nicht anhand der Frage spalten lassen, wie wir einzelne Maßnahmen der Pandemiebekämpfung bewerten. Jetzt geht es vielmehr darum, die arbeitenden Menschen vor den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu schützen statt bloß die Profite der Konzerne. Dazu müssen wir Druck machen – auf der Straße, in den Parlamenten und in den Gewerkschaften –, im ersten Schritt: Für ein Verbot von Entlassungen (auch von Leiharbeitern!) in den Großkonzernen und allen Unternehmen, die staatliche Förderung erhalten! Für 100 Prozent Lohnfortzahlung bei Kurzarbeit – finanziert durch eine Millionärssteuer! Und für umfangreiche staatliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für den Ausbau von Leistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge!



UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
6 Wochen gratis probelesen



CommPress Verlag GmbH
 Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
 Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 · Fax: - 28 ·
 E-Mail: info@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de

KAZ

Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 371
 April 2020 1,50 Euro

Zur politischen Ökonomie der Seuche
 oder
Das Virus und der Klassenkampf!
 und weitere Artikel u.a.

IG-Metall-Tarifrunde 2020
 Die Basis übergangen - der Kampfkraft
 einen Tritt versetzt !

erscheint vierteljährlich www.kaz-online.de
 Einzelheft Euro 1,50 Redaktion der
 Jahresabo Euro 10,00 Kommunistischen
 Arbeiterzeitung
 Tel/Fax: 0911-356913 Reichstraße 8
 gruppeKAZ@kaz-online.de 90408 Nürnberg

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München